

Dr. Isabelle-Christine Panreck (Trackleitung), Lynn Berg (wiss. Referentin FGW)

Politische Partikularisierung und Rechtspopulismus

Dokumentation des Tracks auf dem NRW-Dialogforum 2017

23. - 24. November 2017, Lindner Congress Hotel Düsseldorf

1. Rechtspopulismus in Zeiten fluider Gesellschaften

Gehen Demokratie und fixe gesellschaftliche Ordnungen in den 1950er und 1960er Jahren noch Hand in Hand, lösen sich gesellschaftliche Milieu- und Gruppenzugehörigkeiten seit den 1970ern zunehmend auf; Sehnsuchtsorte wie die Nation, die Religion, das Geschlecht oder die Klasse verlieren an integrierender Kraft – mit gravierenden Folgen für die Identität ganzer Gruppen, aber auch für die Identität des Einzelnen. Der ökonomische Wandel mit seiner Ausdifferenzierung von Lebensrealitäten und die Globalisierung, in der sich nationale Traditionen auflösen, sind die Motoren dieser Entwicklung. Der Rechtspopulismus bedient den Wunsch nach Eindeutigkeit und Zugehörigkeit, indem er einfache Antworten gibt und klare Grenzen zieht: zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“, „Christen“ und „Muslimen“, „Männern und Frauen“, kurz: dem „Wir“ und dem „Anderen“. Wie kann Demokratie in Zeiten sozioökonomischer Polarisierung und gesellschaftlicher Heterogenität auf die Herausforderung eines homogenisierenden Populismus reagieren?

Ziel des Tracks war die Entwicklung von Handlungsoptionen für den Umgang mit Rechtspopulist_innen. Hierzu ging er in drei Schritten vor: Erstens führte der Track eine Bestandsaufnahme anhand von Länderstudien durch, wobei die USA, Deutschland und Belgien im Mittelpunkt standen. Zweitens



Lynn Berg, Prof. Dr. Andreas Zick, Dr. Sebastian Kurtenbach

fragte er nach Ausgrenzungsmechanismen, anhand derer sich die Konstitution eines „Wir“ und eines „Anderen“ vollzieht. Drittens legte er sein Augenmerk auf die Frage, inwiefern Politische Bildung an Schulen und in den Medien auf Rechtspopulismus reagieren kann

2. Rechtspopulismus – keine Neuheit in Europa

Rückt der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland erst mit Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD) in die Scheinwerfer der Öffentlichkeit, gehört er in Belgien bereits seit den 1980ern zum politischen Alltag, so Dr. Dirk Rochtus: Die stark föderale Struktur Belgiens bedinge dabei eine Aufspaltung der Parteienlandschaft, die sich mit Blick auf die Verbreitung rechtspopulistischer Parteien besonders offenbare. Spielten diese im frankophonen Wallonien nahezu keine Rolle, stehe die rechtspopulistische N-VA (Neu-Flämische Allianz) im Norden des Landes für mehr flämische Autonomie, Wirtschaftsreformen und eine härtere Gangart in Asylfragen. Der Vergleich der beiden Regionen erhellt: Wer den Rechtspopulismus umfassend verstehen will, muss neben den rechtspopulistischen Hochburgen auch Regionen in den Blick nehmen, in denen er keinen Erfolg hat.



Dr. Isabelle-Christine Panreck, Trackleitung

Mit der Wahl Donald Trumps stellt sich die Frage nach rechtspopulistischen Bewegungen in den USA neu. Der Beitrag Dr. Heinz Ulrich Brinkmanns untersucht vor dem Hintergrund der Wahl des US-Präsidenten die Ursachen für dessen Erfolg. Zwei Thesen stehen im Zentrum von Brinkmanns Argumentation: Einerseits steige die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg in den weißen unteren Sozialschichten, andererseits lockerten sich die Parteibindung in eben diesen Milieus. Lässt sich die These der Angst vor sozialem Abstieg auf Deutschland übertragen?

Matthias Diermeier analysierte den Wahlerfolg des nordrhein-westfälischen Landesverbandes bei den Landtagswahlen im Mai 2017. Hatte sich die AfD im Wahlkampf auf strukturschwache Regionen in Nordrhein-Westfalen mit hoher Arbeitslosigkeit, wie das Ruhrgebiet, konzentriert, führte dies nicht zu einer überdurchschnittlichen Wahlerfolg der AfD unter Arbeitslosen, so Diermeier. Vielmehr sei die AfD unter denen erfolgreich gewesen, die besonders pessimistisch in die Zukunft schauten. Diermeier bestätigt: Nicht der aktuelle Sozialstatus, sondern die Zukunftserwartungen erscheinen ausschlaggebend für die Wahl.

Ergebnis

Bestandsaufnahme Rechtspopulismus

1. Tritt der parteiförmige Rechtspopulismus in Deutschland erst mit den Wahlerfolgen der AfD in die Scheinwerfer der Öffentlichkeit, existieren in den europäischen Nachbarländern bereits seit den 1980er/1990er-Jahren starke rechtspopulistische Parteien.
2. Nicht der gegenwärtige sozioökonomische Zustand ist entscheidend für die Wahl rechtspopulistischer Parteien, sondern die Zukunftserwartungen der einzelnen Bürger_innen.

3. Ausgrenzungsmechanismen – Spaltung von Gesellschaft

Fern des parteipolitischen Spektrums ist Rechtspopulismus im Alltag vieler Menschen spürbar. Wie der Diskurs des Rechtspopulismus das Zusammenleben von Menschen beeinflussen kann, erhellte Dr. Sebastian Kurtenbach am Beispiel der Stadt Bautzen, die als Hochburg der AfD- und PEGIDA-Anhänger_innen gilt. So komme es wiederholt zu Ausgrenzungen und Angriffen gegen die vermeintlich „Fremden“, welche anhand von ethnischen, religiösen oder phänotypischen Merkmalen definiert werden. Konkret münde die Präsenz rechtspopulistischer Argumentationen und Narrative in ein fremdenfeindliches Klima weit in die gesellschaftliche Mitte hinein. Dies äußere sich auch in Anfeindungen denen gegenüber, die sich für die vermeintlich „Fremden“, zum Beispiel geflüchtete Menschen, einsetzen: Sozialarbeiter_innen, freiwillige Helfer_innen und ehrenamtliche Politiker_innen in den Kommunen.

Haben Migrant_innen überhaupt eine Chance, in der deutschen Gesellschaft zu reüssieren? Ja, argumentiert Dr. Cem Serkan Yalcin, aber nur sofern sie bereit sind, die kollektiven Wahrnehmungs-, Denk-, und Handlungsschemata, der Mehrheitsgesellschaft des Aufnahmelandes zu übernehmen, ihre Herkunftskultur aufzugeben und im letzten Schritt unsichtbar innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu werden. Dieser Assimilationsprozess reicht weit in rechtspopulistische Argumentationen hinein, indem er auf die Homogenisierung von Gesellschaft zielt.

Ergebnis

Ausgrenzungen innerhalb der Gesellschaft

3. Eine starke Präsenz von Rechtspopulismus im städtischen Raum begünstigt ein fremdenfeindliches Klima in der Gesellschaft und stößt Normalisierungsprozesse an.
4. Rechtspopulistische Strategien zielen auf die Homogenisierung von Gesellschaft, wodurch es gerade Migrant_innen verwehrt wird, vermeintlich „fremd“ erscheinende Sitten und Bräuche öffentlich zu leben.

4. Schulen und Medien als Feuerwehr?

Wie rechtspopulistische Argumentationen in der Bevölkerung verfangen, wird der Ruf nach Politischer Bildung laut. Wenn gleich Schulen ein geeigneter Bereich sind, um Antworten auf die Herausforderungen des Rechtspopulismus zu geben, warnt Dr. Markus Grimm: Politische Bildung wirkt nicht kurzfristig, sondern muss auf Kontinuität setzen. Erst durch wiederholte Sensibilisierung der Schüler_innen für ausgrenzende und diskriminierende Verhaltensweisen könne rechtspopulistischen Argumentationen das Wasser abgegraben werden.

Auch die Rolle der Medien dürfe nicht überschätzt werden, so Prof. Dr. Jürgen Friedrichs. In der knapp bemessenen Sendezeit könnten Journalist_innen ihr Gegenüber grundsätzlich nicht erziehen oder umstimmen. Ziel im Interview mit rechtspopulistischen Akteur_innen sollte daher sein, differenziert Brüche in der Argumentation und Konsequenzen der formulierten Aussagen durch wiederholtes Nachfragen zu offenbaren. Friedrichs erläutert weiter, die Ängste der Menschen dürften nicht den Rechtspopulist_innen überlassen werden. Stattdessen müssten Journalist_innen aktiv auf Menschen zugehen und ihre Gefühle und Ängste in gezielten Interviews erforschen.

Ergebnis Schulen und Medien

5. Politische Bildung ist ein langfristiges Projekt, Strohfeder sind wenig hilfreich.
6. Die kurze Sendezeit der Medien ermöglicht es nicht, den Interviewten bzw. die Interviewte moralisch auf Herz und Nieren zu prüfen, wohl aber, Widersprüche und Konsequenzen von Argumentationen zu offenbaren.

5. Strategien und Handlungsempfehlungen

Wer die Reaktionen etablierter Parteien auf rechtspopulistische Parteien in Europa analysiert, erkennt drei Strategien, so Dr. Bartek Pytlas: ignorieren, annähern oder dagegen positionieren. Am häufigsten zu beobachten sei in Europa der Versuch etablierter Parteien, die neue Partei zunächst zu ignorieren und dann einen Teil der rechtspopulistischen Forderungen zu übernehmen. Diese Strategie sei aber höchstens kurzfristig erfolgreich; langfristig verstärke sie die Legitimität der rechtspopulistischen Positionen in öffentlichen Debatten und erhöhe die Wahrscheinlichkeit von Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien.

Welche Strategie gegenüber Rechtspopulismus könnte fruchten? Jun.-Prof. Dr. habil. Tom Mannewitz plädiert für einen offenen Umgang mit Rechtspopulist_innen. Sprich: Statt den Dialog von Beginn an zu meiden, müssten rechtspopulistische Positionen über die Debatte entzaubert werden. Wann aber sollte der Dialog mit Rechtspopulist_innen enden? Mannewitz schlägt eine grundlegende Regel vor: Das Streitgespräch sei dann abzubrechen, wenn das Gegenüber der Freiheit des Einzelnen ein Ende setze (zum Beispiel durch Aufforderung zu Gewalt) oder die grundlegenden Spielregeln des demokratischen Diskurses verletze (etwa durch Einschüchterung, Beschimpfung oder Diskriminierung).

Ergebnis Strategien

7. Die Strategie „erst ignorieren, dann imitieren“ führt langfristig zu einer Stärkung des Rechtspopulismus.
8. Es empfiehlt sich, rechtspopulistische Positionen über die Debatte zu entzaubern. Hierbei gilt die Grundregel: Ein Gespräch endet, wenn das Gegenüber die Freiheit des Einzelnen ablehnt (und zum Beispiel zu Gewalt aufruft) oder die Spielregeln des demokratischen Diskurses verletzt (etwa durch Einschüchterung, Beschimpfung oder Diskriminierung).

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Prof. Dr. Dirk Messner
Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen **Design/Layout:** Olivia Mackowiak (FGW)

Über die Trackverantwortlichen

Dr. Isabelle-Christine Panreck - Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster.

Lynn Berg - Wissenschaftliche Referentin für "Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie" am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW).